

ROT DORN



Linke Jugendzeitschrift aus Berlin & Brandenburg



DEN G8
AN DEN

KARREN FAHREN!

Geneigte Leserin, geneigter Leser,

bunt, kreativ und kämpferisch ist der Protest der globalisierungskritischen Bewegung. Insofern freuen wir uns auf das G8-Treffen Anfang Juni in Heiligendamm und haben diesem Thema den Schwerpunkt dieser Ausgabe gewidmet.

Beteiligt Euch an der internationalen Großdemonstration am 2. Juni in Rostock und dem internationalen Aktionscamp vom 1. bis 8. Juni! Neben einem Gegengipfel, Demos, Workshops sind jede Menge Konzerte und Partys geplant. Das Programm erfahrt Ihr unter www.heiligendamm2007.de. Wir können eine billige An- und Abreise organisieren. Meldet Euch einfach bei uns: rotdorn@gmx.de.

Wir wünschen Euch einen wunderschönen Sommer bis die nächste Rotdornausgabe traditionell am Weltfriedenstag, dem 1. September, erscheint. Von Euch sind Beiträge aller Art (siehe untenstehender Kasten) gefragt!

EURE ROTDORNREDAKTION

Inhalt

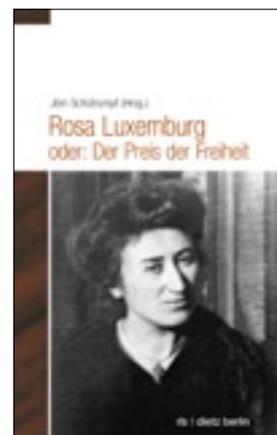
Aufruf zur Großdemonstration in Rostock.....	Seite 03
Die Rotdornredaktion – Wer wir sind und was wir wollen...	Seite 04
»Geistige Monopolrechte«	
Zu Urheberrecht und Patentschutz.....	Seite 05
G8: Klimaschutz jetzt!.....	Seite 06
Krisentreffen in Heiligendamm?.....	Seite 07
Filmtipp »Blood Diamond«.....	Seite 08
Nach Heiligendamm gehts weiter!	
G8-Protest als Chance für die Linke an den Hochschulen....	Seite 09
»Ausverkauf in Berlin«	
Die geplante Privatisierung der Berliner Sparkasse.....	Seite 10
»Coca-Cola in die Suppe spucken!«.....	Seite 11
Buchtipp: »Vera und der Braune Glücksmann«.....	Seite 12
»Willkommen und Abschied«	
Die Zentrale Aufnahmeeinrichtung in der Motardstraße.....	Seite 13
»Coesfeld ist überall«	
Die »Einzelfälle« in der Bundeswehr.....	Seite 15
»Killerspiele« – Die Verbotsdiskussion.....	Seite 17

ANZEIGE

Rosa Luxemburg hat in der Politik und im Privaten, in der Theorie und in der Praxis ein Niveau vorgelegt, das seitdem nur selten erreicht wurde.

Denunziert und verleumdet, ist sie auch heute vielen nur als stumme Ikone erträglich – und nützlich. Damit bleibt diese kleine große Frau eine Herausforderung und mehr noch eine Ermutigung.

Die Idee, die heute immer wichtiger wird, ist ihr Verständnis von Bewegung. Mit dem Gedanken, Klasse als Bewegung und nicht als Status zu fassen, hat sie einen Schlüssel für künftigen Widerstand »hinterlegt«. Heute, da sich die herkömmlichen Klassenverhältnisse zersetzen und durch neue Frontstellungen abgelöst werden, erscheint der Gedanke der gemeinsamen Tat als Voraussetzung für Emanzipation in einem veränderten Licht.



Rosa Luxemburg
oder: Der Preis der Freiheit
herausgegeben und eingeleitet von Jörn Schütrumpf
Karl Dietz Verlag Berlin
2006, 112 Seiten, 6,90 €
ISBN: 3-320-02077-3

rls
Rosa-Luxemburg-Stiftung

MACH MIT BEIM ROTDORN!

KLUGE KÖPFE UND HELFENDE HÄNDE GESUCHT

Seit nun mehr 16 Jahren erscheint der Rotdorn dreimal jährlich mit einer Auflage von 9 000 Stück und versteht sich als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Mit einer breiten Themenvielfalt und dem Rotdorn-Radio, bieten wir vielfältige Möglichkeiten sich politisch zu engagieren:

- Einfluß auf redaktionelle Entscheidungen nehmen
- Eigene Artikel veröffentlichen
- Interviews mit politischen Persönlichkeiten oder Organisationen führen
- Ideen, konstruktive Kritik oder eigene Themen einbringen
- Veranstaltungen organisieren
- Layout und Design des Rotdorns gestalten
- Musikvorschläge und Beiträge für das Rotdorn-Radio einbringen

- Glossen, Kolumnen, Gedichte oder Satiren schreiben und veröffentlichen
- Kontakte zu politischen Organisationen knüpfen
- Den Rotdorn verteilen

Dich erwartet ein sympathisches, aufgeschlossenes und kreatives Team beim Rotdorn. Alle Entscheidungen innerhalb der Redaktion werden demokratisch getroffen und es gibt keine Hierarchien. Jeder bringt sich nach seinen Vorstellungen ein. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19:30 Uhr im Karl-Liebnecht-Haus im solid-Büro im 1. Stock (Kleine Alexanderstr. 28 / Nähe U+S-Bhf. Rosa-Luxemburg-Platz, neben der Volksbühne). Du kannst uns auch eine E-Mail an rotdorn@gmx.de schreiben. Wir würden uns freuen, Dich kennen zu lernen!



AUF NACH

HEILIGENDAMM!

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum »G8-Gipfel« im Ostseebad Heiligendamm. Die »Gruppe der 8« (G8) ist eine Institution ohne Legitimation. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.

- Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an Hunger, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist eine ungerechte Welthandelspolitik, wie sie im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen von den reichen Industrieländern betrieben wird.
- Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen.
- Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8 Armut nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen wird beschleunigt.
- Zugleich schotten sich die reichen Industrieländer immer stärker gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Die dennoch Eingereisten werden illegalisiert und als rechtlose BilligarbeiterInnen ausgebeutet.



- Die G8-Staaten sind die größten Klimazerstörer. Sie allein sind für 43 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich und stehen zudem für eine Renaissance der Atomenergie, die wir entschieden ablehnen.
- Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90 Prozent der weltweiten Waffenexporte und eine neue Ära von Rohstoffkriegen. Sie sind Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.

Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Dagegen wollen wir bei unserer Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock protestieren und die Alternativen dazu aufzeigen. Gemeinsam mit Millionen Menschen in aller Welt sagen wir: EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH!

- Für die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens!
- Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste – für gleiche soziale Rechte und Standards weltweit!
- Für einen schnellen und radikalen Wechsel zu den erneuerbaren Energien. Zusammen mit einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz und der Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften können nur so ein gefährlicher Klimawandel und weitere Kriege um Öl- und Gasreserven verhindert werden.
- Für den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und für vollständige weltweite atomare Abrüstung!
- Für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – gegen jede Form von Rassismus und Faschismus!
- Für die Überwindung von Mauern und Grenzen! Gegen Lager und Abschiebungen!
- Für eine friedliche Welt! Schluss mit der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen durch die G8-Staaten!

Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen des Planeten für die nächsten Generationen.

Eine solche andere Globalisierung entsteht nicht auf exklusiven und abgeschotteten Gipfeltreffen, sondern von unten aus der globalen Bewegung von Menschen und Initiativen, die sich für eine andere, bessere Welt einsetzen. Diese globale Bewegung wird sich mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen während des G8-Gipfels zu Wort melden. Auf der Internationalen Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock werden wir die Größe, Stärke und Vielfalt unseres bunten und breiten Protestes unübersehbar machen.

AUFRUF ZUR GROSSDEMONSTRATION AM 2. 6. 2007 IN ROSTOCK



GLENEAGLES '05



KANANASKIS '02



GLENEAGLES '05



EVIAN '03



GENUA '01



GLENEAGLES '05



EVIAN '03

die rotornredaktion

wer wir sind und was wir wollen

★ Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen, die sich politisch einmischen will. Denn es wäre eine Katastrophe, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Profit, nichts ändern würde. Haushaltslage, Standort und Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

★ Wir wollen gemeinsam ein profiliertes, ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als linke Jugendzeitschrift aus Berlin und Brandenburg. Herausgegeben wird der Rotdorn von der sozialistischen Jugendorganisation ['solid] Berlin und Brandenburg.

★ Wir verstehen uns nicht nur als alternative Informationsquelle, sondern auch als Plattform einer antikapitalistischen Jugendbewegung. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

★ Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung »das Alte« grundsätzlich in Fra-

ge stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das momentane System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken. Dieser »Kampf um die Köpfe« ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegendes Bei-

trag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

★ Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau-Ruck-Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über 15 Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht noch 100 werden sollen.

★ Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.



Carlo Giuliani starb am 20. Juli 2001 während der G8-Proteste in Genua. Er wurde von einem Carabinieri erschossen und dann vom Einsatzwagen überfahren.

★ Weltweit formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den »Zapatistas« in Mexiko, über die »tute bianche« in Italien bis zu »attac« und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegerische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

★ Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen diese. Der Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden.

★ Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen und den Gewerkschaften ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts Grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

★ Die parlamentarische Vertretung der Linken, die neue Bundestagsfraktion »Die Linke«, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Insofern hat die neue Linke im Bundestag die historische Aufgabe, glaubhafte parlamentarische Vertreterin der Ausgegrenzten und »Überflüssigen« zu sein.

★ Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unseren Nachkommen gegenüber geschuldet.

★ Wir treten für ein solidarisches Miteinander der Linken ein.

['solid] die sozialistische jugend

...steht für »sozialistisch, links, demokratisch«.

['solid] - die sozialistische jugend ist ein offener, unabhängiger und der Linkspartei nahestehender Jugendverband, der sich kritisch zur kapitalistischen Gesellschaft in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert. Als Teil einer emanzipatorischen und antifaschistischen Bewegung suchen wir die Zusammenarbeit mit anderen BündnispartnerInnen. In einer Reihe von Bundesländern ist ['solid] inzwischen anerkannter Jugendverband der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).

['solid] tritt als noch recht junger sozialistischer Jugendverband (gegründet 1999 in Hannover) bundesweit auf. Der Verband organisierte Kampagnen, die eine breite Öffentlichkeit finden, ist fest in den außerparlamentarischen Bewegungen und auch den Parlamenten verankert. So wurden 50 000 Musik-CDs unter dem Label »Aufmucken gegen Rechts« an Schulen verteilt, zu den Bundestagswahlen 2005 brachte ['solid] sich mit einer eigenständigen Kampagne (»Arbeite, konsumiere, gehorche – oder such' nach anderen Wegen«) ein.

In Deutschland sind wir aktiv im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), im antifaschistischen Bündnis aktiver Fußballfans (BAFF) und anderen linken außerparlamentarischen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus ist der sozialistische Verband Mitglied des European Network of Democratic Young Left (ENDYL), nimmt regelmäßig an den Europäischen Sozialforen teil und unterhält zu einer Reihe von Mitgliedsverbänden des Weltbündnis Demokratischer Jugend (WBDJ) gute Beziehungen.

Unser Engagement orientiert sich an dem Anspruch, dass Politik viel stärker im öffentlichen Raum stattfinden muss. Politische Bildung, der Eintritt in eine kulturelle Offensive von links und die bewusste politische Aktion sind Mittelpunkte unserer Aktivität.

['solid] ist in Brandenburg und Berlin ein Haufen von jungen Frauen und Männern, die gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpfen, in der kein Mensch hungern und obdachlos sein muss, Sexismus ein Fremdwort ist, in der jede und jeder ihre/seine Fähigkeiten frei entfalten und ihre/seine Bedürfnisse befriedigen kann. Kurzum: eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht mehr des Menschen Wolf ist. Eine Gesellschaft frei von kapitalistischen Zwängen und Krieg.

Geistige Monopolrechte: Öl des 21. Jahrhunderts

Ob es um eine Jugendliche geht, die Post vom Anwalt bekommt, weil sie MP3s runtergeladen hat, um den 16-jährigen Metallica-Fan, der die Songtexte auf seine Webseite gestellt hat, oder um die Produktion billiger HIV-Medikamente, um Saatgut, um Gene, oder um freie Software – hinter diesen völlig unterschiedlichen Themen steckt ein und dieselbe Kernproblematik: geistige Monopolrechte.

Die öffentliche und politische Debatte um dieses Thema hat in den letzten Jahren stark zugenommen, geprägt durch die Diskussion um Urheberrechte oder Copyrights. In unseren Breitengraden sprechen vor allem die Verteidiger der Gesetze zum Schutz der Urheberrechte und die Besitzer, wie Unternehmer und ihre Interessenvertreter, von dem sogenannten »geistigen Eigentum«.

Die Wahl dieses Begriffes ist wohl überlegt und sehr geschickt, denn er assoziiert die Vorstellung, dass für Wissen dasselbe Recht gelten sollte, das für materielle Besitztümer gilt. Dadurch wird von den Befürwortern versucht eine Legitimation ihrer Interessen zu suggerieren, obwohl für »geistiges Eigentum« (noch) längst nicht alle Rechte gelten wie für materielle Güter. Da Wissen aber dem Wohle der Allgemeinheit dienen sollte und nicht den Profiten von Konzernen, ist es angebracht von »geistigen Monopolrechten« zu sprechen, um auf die dadurch entstehenden Missstände aufmerksam zu machen.

Mit der Entstehung des Kapitalismus in den letzten Jahrhunderten wurde und wird versucht, sich aller Natur-, Lebens- und Gesellschaftsbereiche zu bemächtigen und sie im Sinne der Kapitalinteressen verwertbar, also profitabel zu machen.

So ist immer mehr Allgemeingut, wie Land oder Produktionsmittel, in Privatbesitz übergegangen, seit einiger Zeit auch Schritt für Schritt Wasser, Luft und nicht zuletzt Wissen.

Im aufstrebenden Informationszeitalter ist es nun immer mehr Menschen möglich, jegliche Daten nicht nur zu speichern, sondern auch kostenfrei zu vervielfältigen. Dies stößt natürlich auf den Widerstand der Konzerne, die ihre Einnahmequellen in Gefahr sehen. Im Mittelpunkt steht nun aber nicht mehr das Medium, an das eine Information fest gebunden war (z. B. Musik auf Schallplatten, Filme auf Zelluloid), sondern die Information, das Wissen selbst, das unabhängig vom Medium fungieren kann. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen der Industrien, sich das Wissen selbst zu sichern.

Diese Politik hat fatale Folgen. So erhalten beispielsweise Webseitenbetreiber, die Songtexte anbieten, absurd hohe Schadensersatzforderungen von mehreren tausend Euro.

In den Ländern des Südens hat die Sicherung von geistigen Monopolrechten der Konzerne des Nordens sogar lebensbedrohliche Auswirkungen. Große Pharmaindustrien besitzen das »Recht«, Medikamente (z. B. gegen die Auswirkungen des HI-Virus) zu produzieren. Entwicklungsländern wird deswegen untersagt, diese Medikamente selbst und billiger (sogenannte »Generika«) zu produzieren. Aufgrund der Monopolstellung der »Rechteinhaber« schrauben diese die Preise ihrer Produkte hoch, weswegen sich viele Betroffene diese lebenswichtigen Medikamente gar nicht leisten können.

Warum deckt niemand diese Verbrechen auf und schafft solche Ungerechtigkeiten aus der Welt? Die Vertreter geistiger Monopolrechte haben starke Partner in der Politik, denen die Konsequenzen

Comeback des guten alten Tapes? Kopierschutz und »Digital Rights Management« untergraben das Recht auf die Privatkopie.

ihres Handels offenbar gleichgültig sind. 85 Prozent aller Patente weltweit werden in den G8-Staaten gehalten. Hier befinden sich außerdem 79 der 100 größten Konzerne und acht der zehn größten Banken. Ihren Staatschefs ist sehr daran gelegen, ihre Wirtschaftstärke und Vormachtsstellung in der Welt zu sichern. Deswegen kommen sie alljährlich, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, beim G8-Gipfel zusammen. Wen wundert es, dass Angela Merkel für den diesjährigen Gipfel in Deutschland das Thema »Schutz geistigen Eigentums« ganz weit oben auf ihrer Agenda angesiedelt hat.

Das ist also ein Grund, wohl gemerkt nur einer von vielen, gegen den G8-Gipfel an Deutschlands Ostseeküste zu demonstrieren. Lasst uns die fatalen Auswirkungen ihrer Politik publik machen, auch wenn sie wieder in ihrer selbstinszenierten Gutmütigkeit von Klimaschutz bis Entwicklungshilfe baden werden.

■ FLO ['SOLID]

G8: Klimaschutz jetzt!

»Die Gruppe der Acht« (G8) entscheidet als selbst ernannte Weltregierung über Zukunftsfragen für die gesamte Menschheit. Doch trotz der vollmundigen Versprechungen vorangegangener G8-Gipfel wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen. Trotz aller Hilfsversprechen für Afrika, werden die Ressourcen des Landes geplündert und die Ressourcenkonflikte weiter angeheizt. Trotz aller diplomatischer Sonntagsreden auf dem UN-Klimagipfel in Nairobi steigt der Ausstoß der Treibhausgase und die Bedrohung durch die Folgen des Klimawandels nimmt rapide zu.

Die G8-Staaten haben die Kluft zwischen Arm und Reich bisher verstärkt. Als die größten Klimazerstörer stehen sie für eine Renaissance der Atomenergie. Zugleich schotteten sich die reichen Länder immer stärker gegen Klimaflüchtlinge ab.

STEIGENDE TREIBHAUSGASE DER G8-STAA TEN

Die Klimazerstörung ist wesentlich auf eine steigende Kohlendioxid-Konzentration (CO₂) in der Atmosphäre zurückzuführen. Verursacht wird dies seit Beginn der Industrialisierung durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Aus Fabrikschlotten und Auspuffrohren ausgestoßen, reichert sich das Klimagift CO₂ in der Atmosphäre an. 85 Prozent der Emissionen stammen aus den Industrieländern – ohne Zweifel die Verantwortlichen. Die Reichen der Erde bauen ihre Fehlentwicklung darauf auf, die Ressourcen der Erde zu plündern. Andere folgen nun diesem Beispiel. Seit 1990 ist der Ausstoß energiebedingter Treibhausgase der G8-Staaten um noch einmal 6,3 Prozent auf 11,7 Milliarden Tonnen CO₂ gestiegen, trotz allen Versprechen gegen den drohenden Klimawandel vorzugehen und die Treibhausgase zu reduzieren. Die G8-Staaten sind heute für 43 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich, die Industriestaaten wollen sich jedoch aus ihrer Verantwortung stellen.

Die Klimazerstörung ist ein Zeichen globaler Ungerechtigkeit. Um die schwersten Auswirkungen des Klimawandels abzuwenden, müsste die globale Erwärmung unter zwei Grad gehalten werden. Das heißt: Wir müssen innerhalb von zehn bis 15 Jahren weltweit den steil



Greenpeace-Protest beim G8-Umweltministertreffen am 16. 3. 2007 in Potsdam

Foto: DANIEL ROSENTHAL, GREENPEACE

ansteigenden Emissionstrend brechen und bis 2050 die Emissionen gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren. Aber uns rennt die Zeit davon.

Die Wirtschaftspolitik der G8-Staaten ist an Rendite-Interessen global operierender Konzerne ausgerichtet. Politiker lassen sich allzu oft von Konzern-Lobbyisten vor den Karren spannen. Stromkonzerne missbrauchen den Klimawandel, um Laufzeitverlängerungen für Atomreaktoren durchzudrücken, statt entschieden in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu investieren. RWE baut ein neues besonders klimaschädliches Braunkohlekraftwerk. Deutsche Autokonzerne wie Mercedes, Volkswagen und Porsche drücken immer absurdere Benzinschleudern auf den Markt. Bundeskanzlerin Angela Merkel wehrt sich »mit aller Härte« gegen neue Klimaschutzvorgaben für die Autoindustrie: Klimawandel – Made in Germany.

ENTWICKLUNGSLÄNDER SIND DIE LEIDTRAGENDEN

In Entwicklungsländern weiten sich extreme Unwetter viel schneller zur Katastrophe aus: Arme sind viel stärker be-

droht als Reiche. Es besteht eine akute Gefahr, dass drohende Klimaveränderungen jeden sozialen Fortschritt untergraben und die Weltgesellschaft vor existenzielle Herausforderungen stellen werden. Wir dürfen uns nicht erlauben, mit zweierlei Maß zu messen: Wir müssen ein Klima der Gerechtigkeit schaffen. Die globale Kluft zwischen Arm und Reich ist nicht hinnehmbar.

Auf den Philippinen haben 2006 heftige Taifune über 1400 Menschen getötet und Schäden von über vier Milliarden Dollar verursacht. Obwohl dies mehr Opfer waren als 2005 bei Hurrikan Katrina, geschah es fast unmerkelt von der Weltöffentlichkeit. 70 Prozent der Menschen in Afrika leben von der Landwirtschaft, sind darum stark von klimatischen Faktoren abhängig. Schon jetzt ist der natürliche Rhythmus von Trocken- und Regenzeiten gestört: Dürreperioden, Überflutungen und Hunger sind die Folge. Zunehmende Dürre zwingt immer mehr Menschen, ihre Heimat im Stich zu lassen. Allein 30 000 Afrikaner flüchteten 2006 auf die kanarischen Inseln. Klimabedingte Dürren und sich ausbreitende Wüsten rauben ihnen die Existenz. Doch die Europäer weisen diese Flüchtlinge zurück. Derzeit gibt es weltweit 20 Millionen sogenannter Klimaflüchtlinge.

Greenpeace will eine Globalisierung von unten aus der globalen Bewegung von Menschen und Initiativen heraus. Denn eine bessere Welt ohne Klimazerstörung ist möglich. Die EU muss sich verpflichten, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Deutschland sollte sich als Vorreiter ein nationales Klimaschutzziel von minus 40 Prozent bis 2020 setzen – ohne Vorbedingungen an andere Länder.

■ KARSTEN SMID, GREENPEACE E. V.

WEITERFÜHRENDE LINKS

www.greenpeace.de/G8
www.mcplanet.com

ROT DORN RADIO AKTIV

Sendung vom 5. 2. 2007: Interview mit Karsten Smid zu finden unter: www.rottdorn.org

Krisentreffen in Heiligendamm?

Die führenden Politiker der sieben kapitalistischen Hauptländer und Russlands treffen sich einmal jährlich zu einem Weltwirtschaftsgipfel. In diesem Jahr ist die Bundeskanzlerin Merkel die Gastgeberin und sie hat in das Ostseebad Heiligendamm eingeladen. Die Staats- und Regierungschefs repräsentieren zwar nur 13 Prozent der Weltbevölkerung, aber in Sachen Weltwirtschaft und Ressourcenverbrauch geben sie den Ton an. Die Regierungschefs bilden objektiv das führende Zentrum innerhalb der zentralen Institutionen der Globalökonomie (WTO¹, IMF², Weltbank) und der weltweiten Militärverhältnisse. Es handelt sich also um weit mehr als eine finanziell aufwendige PR-Show. Das Führungszentrum nutzt die Gelegenheit, die Hauptlinien in den reichlich vorhandenen ökonomisch-finanziellen und militärischen Konflikten zu erörtern.

Die teilnehmenden Länder repräsentieren zwar eine Hegemonie in wirtschaftlichen Fragen, aber ihre tatsächliche ökonomische und politische Lösungskompetenz ist bescheiden. Auch in Heiligendamm wird kein wirklicher Fortschritt in Sachen Neuordnung der Globalökonomie, Stabilität des Währungs- und Finanzsystems, Beendigung der imperialistischen Kriege in Afghanistan und Irak oder bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe herauskommen.

KRISENMANAGEMENT IN PERMANENZ

Ein Rückblick auf die bisherigen Treffen zeigt: Die mächtigsten Staaten treffen sich seit 1975, weil die Globalökonomie, die internationalen Finanzmärkte und militärische Konflikte immer neue Herausforderungen darstellen. Das erste Treffen 1975 in Frankreich stand im direkten Zusammenhang mit den gravierenden Veränderungen im Weltwährungs- und Finanzsystem. Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die Herausbildung des Eurodollarmarktes³ seit Ende der 1960er Jahre. Auf der Ebene des internationalen Austauschs und des Währungssystems wuchsen die Konflikte, das Weltwährungssystem von Bretton Woods



Blumen für die Polizei: Tagelange, massive Proteste begleiten das Treffen der Welthandelsorganisation 1999 in Seattle.

geriet mehr und mehr unter Druck. Ein wichtiger Faktor waren damals auch die enormen Aufwendungen der USA für den Vietnam-Krieg. Spannungen auf Grund divergierender wirtschafts- und vor allem stabilitätspolitischer Präferenzen in wichtigen IWF-Mitgliedsländern lösten massive Devisenströme und Spekulationswellen aus. Sie führten 1973 schließlich zum Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods.

In den nachfolgenden Krisen wurde die Konzeption einer internationalen Regulation aufgegeben. In den kapitalistischen Hauptländern wurde die nach dem Krieg entwickelte mixed economy schrittweise aufgelöst, das System sozialer Sicherheit eingeschränkt oder um-

gebaut und die Kapitalverkehrs-kontrollen aufgehoben. Seither nahm die Bedeutung der internationalen Kapitalströme unaufhaltsam zu. Begünstigt durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien nahmen die grenzüberschreitenden Kapitaltransaktionen explosionsartig zu, und die überwunden geglaubten Finanzkrisen wurden erneut zu einem wichtigen Phänomen der internationalisierten Globalökonomie. Immer wieder fordern Notenbanken, Finanzmarktexperten etc. eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte, um die Stabilität der internationalen Fi-

nanzarchitektur zu sichern. Ein Verhandlungsthema in Heiligendamm sind deshalb stärkere Auflagen für Hedgefonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften.

Die mit dem Schlagwort von der »Globalisierung« behauptete neue Qualität der Kapitalakkumulation⁴ seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verschleiert die wirklichen Entwicklungstendenzen. Die eigentliche Veränderung bezieht sich auf eine umfassende Umbruchsituation der Massenproduktion, das internationale Währungs- und Kreditsystem und eine massive Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen. In der Reaktion auf diese Entwicklungstendenzen bildet sich eine Vorherrschaft der Finanzmärkte und eine beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals heraus (Shareholder value).

Gleichsam hinter dem Rücken der wirtschaftlichen



¹ World Trade Organization, dt. Welthandelsorganisation

² International Monetary Fund, dt. Internationaler Währungsfond

³ als internationaler Geldmarkt ein Teilmarkt der internationalen Finanzmärkte

⁴ Vermehrung des Kapitals



Koreanische Bauern protestieren anlässlich des Treffens der Welthandelsorganisation 2005 in Hong-Kong

Elite und der politischen Akteure hat sich der sozial-regulierte Kapitalismus in ein höchst eigenartiges System transformiert. Durch die Rationalisierung in der industriellen Produktion wurde die für die Herstellung eines Produkts erforderliche Arbeitsmenge drastisch vermindert. Zugleich waren die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht in der Lage, mit diesem »Fortschritt« verteilungspolitisch umzugehen. Der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamtergebnis der Produktion ging zurück, der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen stieg entsprechend an. Mit dem enormen Wachstum der Eigentums- und Besitztitel entwickelt sich eine umfangreiche Branche von Finanzleuten, Vermögensverwaltern, Maklern etc., die gleichwohl immer größere Schwierigkeiten haben, die akkumulierten Ersparnisse profitabler anzulegen.

Auch in Heiligendamm geht es um die Entwicklungsperspektiven der Globalökonomie und der Stabilität des Währungs- und Finanzsystems. Die Globalökonomie befindet sich – entgegen den aktuellen Prognosen über einen dauerhaften Konjunkturaufschwung in Deutschland – im Übergang zu einem zyklischen Abschwung. Die nachlassenden Impulse auf die Kapitalakkumulation und das Wirtschaftswachstum in

den USA wurden zum Teil kompensiert durch die Prosperität in Europa und einen Wirtschaftsboom in China. Die Konjunkturschwäche wird ausgelöst von der zyklenbedingten Schwächetendenz der US-Ökonomie und folglich wird die ökonomische Talfahrt zunächst durch Faktoren in den USA bestimmt. Die Entwicklung in den USA hat Auswirkungen auf die Globalökonomie und das Währungssystem.

In den letzten Monaten hat der US-Dollar trotz der Erhöhung des Zinsniveaus in den USA deutlich an Wert verloren. Diese Entwertung könnte in letzter Konsequenz eine Umkehr im Leistungsbilanzdefizit der USA einleiten, das eines der großen Risiken für die weitere Zukunft der Globalökonomie darstellt. Die US-Leistungsbilanz wies im Jahr 2006 ein Rekordminus von über 800 Milliarden Dollar aus.

Zur Finanzierung des Fehlbetrags benötigen die USA massive Kapitalzuflüsse aus dem Ausland. Gehen diese deutlich zurück, droht eine starke Dollar-Abwertung mit entsprechenden Auswirkungen für die Weltwirtschaft. Die Vereinigten Staaten eignen sich den Großteil des international liquiden und anlagensuchenden Geldkapitals an. Die Direktinvestitionen – also produktive Kapitalanlagen oder die Übernahme von Produktionsanlagen – gehen

zurück und die Verschuldung gegenüber ausländischen Finanzinvestoren nimmt zu, ohne dass dies mit einer Veränderung der produktiven Ressourcen verbunden ist. Wie Anfang der 1970er Jahre werden diese Fehlentwicklungen in der internationalen Ökonomie verstärkt durch die enormen Aufwendungen für die Kriegführung der USA und ihrer Alliierten im Irak und Afghanistan. Zudem werfen die Finanzierungsströme der Aneignung von energetischen Rohstoffen weitere Probleme auf.

ES GIBT ALTERNATIVEN

Bei den Protesten gegen den Gipfel in Heiligendamm geht es darum, möglichst viele BürgerInnen über die Hintergründe der informellen Weltregierung zu informieren und die Notwendigkeit und Möglichkeit von Alternativen aufzuzeigen.

Im Prinzip könnte im Euro-Raum und in Deutschland ein anderer Kurs gefahren werden. Eine beschleunigte Ausweitung der Massenkauflkraft (Arbeits- und Sozialeinkommen) wäre ebenso vorstellbar wie der gezielte Einsatz öffentlicher, vor allem kommunaler Investitionen. Über ein verstärktes Wirtschaftswachstum, den entsprechenden Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Sozialaufwendungen ließe sich zudem eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen voranbringen.

Aber die politischen Mehrheitsverhältnisse in Europa stehen gegen eine solche Strategie. Die globalisierungskritischen Bewegungen wollen deutlich machen, dass sie die neoliberale Globalisierung nicht länger akzeptieren.

■ JOACHIM BISCHOFF

FILMTIPP: »BLOOD DIAMOND«

Blutdiamanten im großen

Ein Blick in das Kinoprogramm der vergangenen Monate beweist: Das Thema Afrika ist wieder total »angesagt«. Neben Filmen wie »Der ewige Gärtner«, »Lord of War« oder »Der letzte König von Schottland« trumpft Hollywood mit »Blood Diamond« im großen Stil auf. Wenn dieser Film einer Kategorie zugeordnet werden soll, dann passt er wohl am ehesten in die Sparte »Actionthriller, der sich unter anderem mit politischen und sozialen Konflikten beschäftigt«. Wer den Anspruch hat, einen Film zu sehen, der hintergründig über den Handel mit Konfliktdiamanten in Afrika und den Industrieländern aufklärt, wird sich mit »Blood Diamond« nicht zufrieden geben. Für diesen Fall sei der Film »Cry Freetown« von Sorious Samura fernab von jeglichem effektüberladenen Hollywoodkino erwähnt.

Einen Einstieg in das Thema bietet der Film, der vor dem Hintergrund des Bürgerkrieges in Sierra Leone spielt, allemal. Die brutale Vorgehensweise der Rebellen der Revolutionary United Front (RUF) bei Überfällen auf Dörfer und ihre Einwohner wird gleich zu Beginn dokumentiert. Solomon Vandys Dorf wird von der RUF angegriffen, seine Frau und seine Tochter können fliehen, sein Sohn fällt jedoch in die Hände der Rebellen. Damit ist sein Schicksal als Kindersoldat besiegelt. Vandys Sohn steht exemplarisch für über 200 000 traumatisierte Kindersoldaten in Sierra Leone, die der Bürgerkrieg genau wie Tausende »Amputierte« zurückgelassen hat. Denn das Abhacken von Gliedmassen ist nicht nur im Film eine beliebte Praxis der Rebellen. Vandy selbst wird entführt und zur Arbeit in einer RUF-Diamantenmine gezwungen. Dabei findet er einen unglaublich

Nach Heiligendamm gehts weiter!



Der G8-Gipfel wird ein Festival des Widerstands. Studierende des sich gründenden Hochschulverbands der Linken versuchen zusammen mit vielen anderen, die Proteste so stark, vielfältig und bunt wie möglich zu machen. Wir werden gemeinsam morgens aufbrechen, um im Rahmen der Block G8-Kampagne an den Tagen des Gipfels entschlossen, aber zugleich auch bunt und vielfältig die Straßen zu blockieren.

Die G8, der inoffizielle Club der mächtigsten Staatschefs der Welt, repräsentiert ein Wirtschaftssystem, das systematisch Ausbeutung und Ungleichheit, Unterdrückung und Krieg produziert. Die Dominanz der Profitlogik über alle Lebensbereiche hat nicht nur eine ungeheure Armut, im Norden wie im »globalen Süden«, hervorgebracht, sondern auch Kriege um Rohstoffe und eine

Klimakatastrophe, die zunehmend alles Leben auf dem Planeten bedroht. Die Proteste gegen die G8 im Juni 2006 sind ein Symbol dafür, dass Millionen Menschen der G8 und der Weltordnung, für die sie stehen, ihre Zustimmung entsagen. Dem: »there is no alternative« stellen sie entgegen, dass eine andere Welt möglich ist. Der Protest gegen die G8 ist notwendig; er dient der Delegitimation neo-

liberaler Argumentationsmuster und Institutionen. (...)

Die Anti-G8-Proteste haben somit einen Zweck für sich. Aber: Es stellt sich auch die Frage, was an dem Tag nach dem Gipfel sein wird. In Heiligendamm werden – leider – vor allem junge Leute protestieren, wenngleich engagierte Gewerkschafter sich bemühen, ihre Kolleginnen und Kollegen für diesen politischen Protest zu gewinnen (vgl. www.g8-gewerkschafteraufruf.de). Um so mehr Studierende werden sich an den Blockaden beteiligen, im G8-Widerstandscamp gemeinsam Protest artikulieren, Visionen einer besseren Welt diskutieren, feiern und den Widerstand gegen den Gipfel unter der Woche organisieren. Für die Linke an den Hochschulen kann dieser politische Protest eine Stärkung bedeuten, die möglicherweise auch zu einer Stärkung der Gegenwehr gegen Studiengebühren und Prekarisierung führen kann.

an die Partei DIE LINKE, die sich zwei Wochen nach dem G8-Gipfel gründen wird. Diese Anbindung bietet uns die Möglichkeit, eine Herausforderung zu bestehen, an der frühere Studierendenverbände letztlich scheiterten: Die Ausdehnung des Protests an der Hochschule auf die gesamte Gesellschaft. In diesem Sinne bietet sich heute eine Chance für Linke an den Hochschulen. Die Anbindung an eine Partei ist zweifellos nicht widerspruchsfrei – erst recht nicht bei einer Partei, die ein solch breites Spektrum umfasst wie die entstehende Partei DIE LINKE. Obwohl es beträchtliche, zu analysierende Unterschiede zwischen der Gründung der Grünen und der neuen Linkspartei gibt, gibt es keine Garantie dafür, dass DIE LINKE im Gegensatz zu den Grünen ihren emanzipatorischen und progressiven Charakter beibehalten wird. Doch: Die zukünftige Entwicklung der neuen Linken wird letztlich von den Kräften abhängen, die sich in ihr einbringen. Der neue Hochschulverband gründet sich in der Überzeugung, dass wir in der Verantwortung stehen, für eine emanzipatorische DIE LINKE zu kämpfen, wenn wir es ernst meinen damit, dass wir die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Tanzen bringen wollen. Nutzen wir diese historische Chance.

■ JONAS REST

Der Autor ist aktiv in der G8-Kampagne des LINKE.Hochschulgruppennetzwerks.

Der ungekürzte Text auf: www.linke-hsg.de

(Hollywood-)Stil

grossen und wertvollen Stein, den er verstecken kann, bevor die Mine von Regierungstruppen eingenommen wird. Dieser Riesen-Diamant wird zum Objekt der Begierde vieler, darunter befindet sich auch der ehemalige Soldat der früheren Apartheids-Armee Danny Archer, der den Stein als sein »Ticket aus der Hölle« betrachtet. Archer ist genau wie alle anderen in einer Welt aus Korruption, Schmuggel, Gewalt und Rassenhass gefangen. Er versucht Vandy's Vertrauen zu erlangen und verspricht, ihm bei der Suche nach seiner Familie zu helfen. Im Gegenzug erwartet er die Beteiligung am Gewinn des wertvollen Diamanten. Für beide beginnt die verzweifelte Jagd nach dem heiligen Gral – was für Vandy seine Familie ist, stellt für Archer die Aussicht auf ein Leben ausserhalb Afrikas dar.

Die Länge des Films ist auf der einen Seite mit der Dramatik und den vielen Stationen ihrer gemeinsamen Suche zu entschuldigen. Auf der anderen Seite gibt es durchaus unnötige Längen, die durch weniger Action und mehr Prägnanz vermeidbar gewesen wären.

Fazit: Wenn mann/frau noch nicht viel über das Thema Blutdiamanten, Bürgerkrieg in Sierra Leone und Kindersoldaten weiss, dann lohnt sich der DVD-Abend!

■ ANG



Blood Diamond; USA 2006; Regie: Edward Zwick; Mit: Leonardo DiCaprio, Djimon Hounsou, Jennifer Connelly u. a.

Hier liegt jedoch gleichzeitig eine Begrenzung: Studierende haben nicht die ökonomische Macht, die Beschäftigte haben, um Angriffe abzuwehren und für eine andere Welt zu streiten. Deshalb gründet sich der Hochschulverband in der Überzeugung, dass, wie es der ehemalige I'-solid-Bundesprecher Jan Schalauske formuliert, »hochschulpolitische Auseinandersetzungen als Teil von gesamtgesellschaftlichen Kämpfen zu führen« sind. Daher die Anbindung



Ausverkauf in Berlin

Das Bieterverfahren für die Berliner Landesbank (LBB) einschließlich Sparkasse geht in die heiße Phase. Ist es überhaupt noch möglich, eine Privatisierung zu verhindern? Oder ist der Berliner Senat durch EU-Auflagen zum Verkauf der Sparkasse gezwungen?

Fragt man diesbezüglich bei der EU-Kommission nach, so erhält man die Antwort, dass nicht die Kommission, sondern »das Land Berlin im Rahmen des Umstrukturierungsplans die Veräußerung der BGB einschließlich der Berliner Sparkasse vorgesehen hat«. Auch in einer Pressemitteilung vom 28. 6. 2006 stellt die EU-Kommission fest, dass »gemäß Artikel 295 EG-Vertrag ... Deutschland vollkommen frei über die Privatisierung oder Nichtprivatisierung einer Sparkasse entscheiden kann.«

Es liegt also in der Verantwortung des Berliner Senats,

ob die Sparkasse privatisiert wird. Eine Neuverhandlung des Umstrukturierungsplans ist möglich. Leider scheinen die Akteure im Senat, allen voran Finanzsenator Sarrazin, allerdings weit mehr daran interessiert, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Der ist vor allem erreichbar, wenn die Sparkasse verkauft und zudem privaten Finanzinvestoren die bisher einmalige Gelegenheit geboten wird, den Namen »Sparkasse« weiterzuführen und die Gewinne trotzdem privat einzustreichen. Ein Sparkassengesetz, das dieses bisher Unmögliche möglich machen sollte, ließ der rot-rote Senat

von Freshfields Bruckhaus Deringer erarbeiten – einer Kanzlei, die mit der privaten Bankenlobby aufs engste verbunden ist.

Auf den Einwand, dass das Berliner Sparkassengesetz im Widerspruch zum deutschen Kreditwesengesetz steht, das den Namen Sparkasse für öffentlich-rechtliche Institute mit gemeinwohlorientierter Gewinnverwendung reserviert, reagierte Sarrazin, indem er die EU-Kommission bat, doch bei der Abschaffung des entsprechenden Paragraphen behilflich zu sein. Dieser Bitte kam die Kommission gern nach – und nahm ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wieder auf, das beinahe den Namensschutz für Sparkassen in ganz Deutschland beseitigt und eine flächendeckende Privatisierung ermöglicht hätte.

Nicht also die EU-Kommission zwingt das Land Berlin zum Verkauf der Sparkasse, sondern der Berliner Senat bedient sich der EU-Kommission, um Gesetze, die eine Privatisierung von Sparkassen verhindern, aus dem Weg zu räumen. Selbst die Financial Times Deutschland stellte kürzlich erstaunt fest, dass »die der Zusammensetzung ... nach ‚linkeste‘ Landesregierung die Privatisierung ihrer Sparkasse am entschiedensten betreibt. Die FDP hätte das nicht besser machen können, obwohl sie es wenigstens programmatisch vertritt«. (FTD 29. 01. 07)

Zwar hat die rot-rote Regierung inzwischen einen Antrag eingebracht, nach dem im Vertrag mit dem Käufer der Landesbank bestimmte sozialpolitische Auflagen verankert werden sollen. Allerdings stellt sich die Frage, warum der Senat sich hartnäckig weigert, etwa das Recht auf ein Girokonto für jedermann im Sparkassengesetz selbst zu verankern – der einzige Weg, um Betroffenen ein einklagbares Recht zu geben. Oder die Verpflichtung zur gemeinnützigen Gewinnverwendung ins Gesetz zu schreiben, die das Interesse von Privatbanken und Heuschrecken am Bieterverfahren erheblich abkühlen dürfte.

Da der Senat selbst kleine Nachbesserungen des Sparkassengesetzes ablehnt, kann man eigentlich nur hoffen, dass mit dem geplanten Volksbegehren für ein alternatives Sparkassengesetz noch etwas Sand in das Getriebe des Verkaufsprozesses gestreut wird. Sich den Forderungen des Volksbegehrens anzuschließen und endlich den Konflikt mit der SPD zu wagen, wäre im Interesse linker Glaubwürdigkeit dringend geboten.

■ SAHRA WAGENKNECHT

Die Autorin ist Abgeordnete der Linkspartei.PDS-Delegation in der GUE/NGL Fraktion (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) im Europäischen Parlament und Mitglied des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS.

Hintergrund

Im Zuge des Berliner Bankenskandals wurde die Sparkasse durch milliardenschwere Subventionen durch den Berliner Senat vor der Insolvenz gerettet. Diese Risikoabschirmung wurde von der EU-Kommission jedoch nur genehmigt, wenn die Berliner Bankgesellschaft samt Tochterunternehmen bis 2007 ohne Einschränkungen verkauft wird, so die Aussage des Berliner Senats.

Die Folgen einer solchen Privatisierung wären:

- Girokonten nur noch für Gutverdiener:
So wird z. B. in Großbritannien der Bankenmarkt von nur wenigen Großbanken dominiert. Da es für sie nicht rentabel ist auch für ärmere Bevölkerungsgruppen ein Girokonto anzubieten, gibt es in Großbritannien 3,5 Mill. Haushalte ohne Girokonto,
- Steigende Gebühren und Zinsen,
- Schließung von unrentablen Filialen,
- Profitmaximierung vor Gemeinwohlorientierung.



»Cola in die Suppe spucken!«

Coca-Cola ist einer der bekanntesten Konzerne weltweit, kaum ein Schriftzug begegnet Menschen so oft wie das rot-weiße Firmenlogo. Gleichzeitig wird die Kritik an der Firma aber immer lauter. Ein Grund dafür ist die Umweltpolitik des Brause-Produzenten in Indien, die Abfällanlagen dort verursachen Wasserknappheit, Umweltzerstörung und Armut.

Als Schwellenland mit großer Bevölkerung ist Indien einer der attraktivsten Märkte weltweit. Folglich hat auch Coca-Cola ein großes Interesse daran, hier Fuß zu fassen, der Kampf um den Durst der Inderinnen und Inder hat längst begonnen.

DIE HINTERGRÜNDE

Coca-Cola betreibt in Indien ca. 50 Fabriken. Eine davon ist die 1998 errichtete Fabrik in Plachimada. Jede dieser Fabriken pumpt täglich ca. 1,5 Millionen Liter Grundwasser ab, damit werden z. B. in Plachimada ungefähr 340 000 l Getränke produziert. Für die Produktion von einem Liter Coca-Cola werden beispielsweise 9 l Wasser gebraucht, eine Bilanz, die der Region zum Verhängnis wird. Denn das Wasser bezieht die Fabrik in Plachimada mit Hilfe von 60 Brunnen direkt aus dem Boden, der Konzern pumpt Grundwasser ab, selbstverständlich ohne dafür zu bezahlen.

Links: Weltweit allgegenwärtig im Straßenbild
Rechts: Indische Demonstranten verbrennen Softdrinkflaschen von Pepsi und Coca-Cola



DIE FOLGEN

Der Grundwasserspiegel in Plachimada ist von 45 Meter auf 150 Meter gesunken, die Brunnen in den Dörfern trocknen aus, insbesondere die Frauen müssen immer längere Wege gehen, um das Wasser zum Trinken, Waschen und Kochen zu beschaffen. Ein Augenzeuge berichtet: »Die Frauen von Plachimada müssen heute kilometerweit laufen, um Trinkwasser heranzuschaffen. Während sie das Wasser zu Fuß nach Hause tragen, kommen ihnen die mit Softdrinks beladenen Coca-Lastwagen entgegen.« In Plachimada sind durch das Absinken des Grundwasserspiegels heute 260 Brunnen trocken, in einer eigentlich wasserreichen Region herrscht akuter Wassermangel.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Landwirtschaft: Reisfelder trocknen aus. In einer Region, in welcher der überwiegende Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig ist wird der ortsansässigen Bevölkerung so die Lebensgrundlage entzogen.



Doch damit nicht genug: Durch den Produktionsprozess wird Wasser verschmutzt, das dann wieder in den Wasserkreislauf gelangt. Das wenige Wasser, das die Bevölkerung also noch aus ihren Brunnen gewinnen kann, ist ungenießbar, da es extrem salzhaltig ist. Ein anderes giftiges Abfallprodukt, Schlamm, wurde von Coca-Cola als Düngemittel an die Bauern verkauft. Dies jedoch mit fatalen Folgen: Der blei- und kadmiumhaltige Schlamm vergiftet die Felder und den Boden.

Nach einer Studie der Universität Exeter (GB) wird es nach Schließung der Fabrik mindestens drei Jahre dauern, bis sich die Grundwasservorräte erholt haben. Wie verantwortungslos Coca-Cola in Indien agiert, zeigt sich auch daran, dass die Pestizidbelastung von indischen Produkten des Konzerns bis zu 30 mal höher als der in der EU gültige Höchstwert liegt.

DIE FORDERUNGEN

Gegen diese Praktiken des Coca-Cola-Konzerns entstehen bereits weltweite Proteste. Größter Erfolg der Coke-Gegner ist die vorläufige Schließung der Fabrik in Plachimada durch das Oberste Gericht. Doch in fünf weiteren Bundesstaaten Indiens treten die selben Probleme auf, außerdem plant Coca-Cola weitere Fabriken zu errichten.

Unterstützt die Betroffenen in ihrem Kampf gegen das rücksichtslose Profitstreben eines multinationalen Konzerns wie Coca-Cola!

Ihre Forderungen:

- Endgültige Schließung der Fabriken in Plachimada, Mehdiganj, Kala Dera,
- Entschädigung der Anwohnerinnen und Anwohner,
- Beseitigung der Umweltschäden.

■ ['SOLID] BRANDENBURG

➡ www.killerbrause.de

Der Judenmörder von Plötzensee

Das multimediale Totenbuch der Gedenkstätte Plötzensee listet Opfer des Faschismus auf, die in Plötzensee hingerichtet wurden. Jetzt schildert ein Buch die ungewöhnliche Geschichte eines der Geehrten: Er war ein zweifacher Judenmörder.



Michael Klein: Vera und der Braune Glücksmann. Wie der NS-Staat einen Judenmörder hingerichtete. Eine wahre Geschichte. Neuer Europa Verlag Leipzig 2006, ISBN: 3-86695-480-8

Es ist weithin unbekannt, dass sich Juden während der Nazizeit legal in Deutschland aufhielten. Die meisten Geduldeten lebten in »Mischehe«, verfeimt, weitgehend entrechtet und mit Lebensmittelkarten ausgestattet, die kaum das Überleben sicherten. Und auch sie wären dem Massenmord nicht entgangen, doch wollten die Nazis sich erst nach dem Endsieg mit diesen Juden befassen.

Vera und Eva Korn, eine in Berlin-Mitte lebende Jüdin und ihre Tochter, hätten das Ende des NS-Regimes erlebt – wenn sie nicht Ende 1943 in Schöneberg einem Raubmord zum Opfer gefallen wären. Vera Korn gehörte zu den wenigen Juden, die nach mehreren Deportationswellen weiter in Berlin lebten, weil sie einst »Arier« geheiratet hatten. Zwar war sie inzwischen geschieden, doch hatte sie die Tochter christlich erziehen lassen. Das bedeutete auch nach einer Scheidung, dass der jüdische Elternteil vor einer Deportation in den Osten geschützt war. Vera Korn wurde Anfang 1943 zu Hilfsarbeiten bei der Reichsbahn in Berlin dienstverpflichtet. Hier ließ sie sich mit August Eckert ein, einem »deutschblütigen« Arbeitskollegen, der sie hef-

tig umworben hatte. Vera Korn wollte mit Hilfe von Eckert Deutschland verlassen. Eckert, der Geschwister in der Schweiz hatte, gab ihr das Versprechen, sie mit der Reichsbahn ins sichere, neutrale Ausland zu lotsen. Doch die »jüdisch-arische« Liebesaffäre begann sich bei der Reichsbahn herumzusprechen. Als Eckert vom Dienststellenleiter vor die Alternative gestellt wird, sich von der Jüdin zu trennen oder zum Hilfsarbeiter degradiert zu werden, kommt es zur Tragödie. August Eckert tötet Mutter und Tochter und bringt die Wertsachen der 1941 in Riga ermordeten Familie von Vera Korn an sich.

Vera Korn war keine Intellektuelle, wie etwa Victor Klemperer. Sie war auch kein Widerstandskämpferin. Sie war kein Kind reicher Juden, von denen sich viele vor dem Holocaust in den 1930er Jahren ins Ausland hatten retten können. Das Buch schildert den Alltag einer in Kriegsdeutschland lebenden unpolitischen Durchschnittsjüdin, deren Verlobter sogar noch vor dem Machtantritt der Nazis der NSDAP beigetreten war. Anfang 1933, als Millionen Deutscher in die Partei drängten, trat er aus Liebe zu einer Jüdin aus der NSDAP aus.

Die Aufklärung des Kriminalfalls geschieht im Bombenhagel alliierter Flieger. Warum die Polizei, die SS und die Gestapo einen Judenmörder jagten? Der Mord an den europäischen Juden sollte unter staatlicher Aufsicht ablaufen. Eigeninitiative zum persönlichen Vorteil, spricht: ein privater Raubmord, war nicht erlaubt.

Interessant sind die Nachkriegskarrieren einiger der Protagonisten. So wird der Kriminalkommissar und SS-Mann, Rolf Holle, der den Täter in Abstimmung mit der Gestapo ermittelt und aufs Schafott bringt, einer der Gründer, wenn nicht sogar der geistige Schöpfer des Bundeskriminalamts in Wiesbaden.

Der Titel des Buches kombiniert den Vornamen des Opfers »Vera« mit einer gesellschaftlichen Funktion des Mörders. August Eckert hat in seiner Freizeit als »brauner Glücksmann« Lotterielose des Winterhilfswerks, eine Unterabteilung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), verkauft.

■ NORa

Helle Panke

Zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V.

Kopenhagener Str. 9
10437 Berlin

fon: (030) 47 53 87 24

fax: (030) 47 37 87 75

e-mail: info@helle-panke.de

web: www.helle-panke.de

22.-24. Juni 2007

Eine andere Welt ist möglich – Aber wie schaut sie aus?

Schon immer haben Menschen ihre Vorstellung von einer besseren, gerechteren Gesellschaftsordnung formuliert und somit politische Utopien geschaffen. Wir wollen schauen, welche Chancen und welche Grenzen im Entwurf einer neuen Gesellschaft liegen, und welche Begriffe jeweils im Zentrum der verschiedenen linken Utopien stehen. Darüber hinaus wollen wir auch einen Blick auf praktische historische wie gegenwärtige Versuche werfen, solchen Utopien näher zu kommen. Wir werden uns unserem Thema sowohl über theoretische als auch über literarische Texte nähern.

Teilnehmergebühr: 15 Euro
Ort: Kurt-Löwenstein-Haus in Werftpfuhl

20. bis 23. August 2007

Politischer Sommerworkshop

Ende August wird in Werftpfuhl erneut der politische Ferienworkshop für junge Menschen stattfinden. Gemeinsam mit ReferentInnen und TeilnehmerInnen wollen wir hier grundlegende Fragen der sozialistischen Strategie und Politik diskutieren, die im politischen Alltag oft zu kurz kommen. Hierzu gehören: Was heißt Kapitalismuskritik konkret? Wie können wir Neoliberalismus kritisieren, ohne nur das Bestehende zu verteidigen? Was kennzeichnet heute sozialistische Theorie und Praxis? Mit Klaus Lederer, Albert Scharenberg und vielen anderen.

Teilnehmergebühr: 20 Euro
Ort: Kurt-Löwenstein-Haus in Werftpfuhl

Jugendseminare

28.-30. September 2007

Kapitalismus verstehen!

Im Wochenendseminar »Kapitalismus verstehen« steht am Anfang die Frage, was und wie wir persönlich mit dem Kapitalismus zu tun haben. Dabei werden wir schnell ein paar Dinge über den Kapitalismus als dessen Prinzipien verstehen lernen, die wir auch alltäglich erleben, z. B. Konkurrenz. Um Veränderungen denkbar zu machen, soll eine Geschichte der Kämpfe verdeutlichen, dass der Kapitalismus ganz und gar nicht einfach so hingenommen werden kann ...

Teamer: Saduman Karaca und Olaf Stuve vom Bildungsteam Berlin/ Brandenburg e.V.

Teilnehmergebühr: 15 Euro
Ort: Kurt-Löwenstein-Haus in Werftpfuhl



Willkommen und Abschied

Wohncontainer der Zentralen Aufnahmestelle

Ihr altes Leben zurücklassend, erreichen Flüchtlinge und MigrantInnen Deutschland. Eine mögliche Endstation ihrer Reise: die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in der Motardstraße 101a, Berlin-Spandau. Seit einiger Zeit wird die Aufnahmestelle jedoch nicht nur für das »Willkommen«, sondern auch für den Abschied genutzt.

Bei der »Zentralen Aufnahmestelle« handelt es sich genau genommen um eine vorläufige Endstation, denn per Gesetz darf die Unterbringung von MigrantInnen in der »Erstaufnahme« maximal für drei Monate erfolgen. Erstaufnahme bedeutet Vollverpflegung (hierfür besteht ein Vertrag mit dem Service-Riesen Dussmann, der neben Reinheit und Sicherheit eben auch Verpflegung zu bieten hat), kein Bargeld und gesetzliche Regelungen bis ins kleinste Detail.

Sechs Quadratmeter Wohnraum stehen jeder Person zu (kurzer Vergleich: ein deutscher Polizeihund hat laut Gesetz acht Quadratmeter Platz in seinem Zwinger). In der Motardstraße ist sicherheitshalber die genaue Quadratmeterzahl der Zimmer an die Türen geschrieben.

Manchmal haben die BewohnerInnen Glück und bekommen ein, zwei Quadratmeter mehr als vom Gesetzgeber vorgesehen. Darauf weist die Wohnheimleitung hin.

Der Heimleitung und dem Träger, der Arbeiterwohlfahrt Berlin-Mitte, gehe es überhaupt darum, für alle »den Aufenthalt so angenehm wie möglich« zu gestalten, stellt auf Nachfrage des Rotdorns Horst Renner, ehrenamtliches Vorstandsmitglied, klar. Nur sei das bei derzeit 44 Nationalitäten, die unter den Dächern der vier Wohncontainer leben, nicht immer so einfach. Die Fluktuation sei hoch, man wäre in der Hauptsache mit Schadensbegrenzung und Reparaturen beschäftigt. Viel Zeit für(s) (Hinter)Fragen bleibt da kaum.

Dazu kommt, dass die

Motardstraße inzwischen pickepackevoll ist, von 400 Plätzen (Angabe der Heimleitung) sind momentan 382 besetzt. Darunter leben 61 Kinder und Jugendliche in der Einrichtung. Auf 100 Personen kommt je eine SozialarbeiterIn, ausgestattet mit einer sprachlichen Variabilität von Deutsch, Englisch und ein bisschen Französisch und Russisch. Zur Zeit leben vorwiegend allein stehende Männer, aber auch junge Mütter mit ihren Babys aus Vietnam in der Einrichtung der AWO Berlin-Mitte. Es bleibt fraglich, ob sie sich in einer der genannten Sprachen mit den MitarbeiterInnen verständigen können.

Die Bedürfnisse der BewohnerInnen spielen insgesamt eine stark untergeordnete Rolle. Wenn der Gesetzgeber,

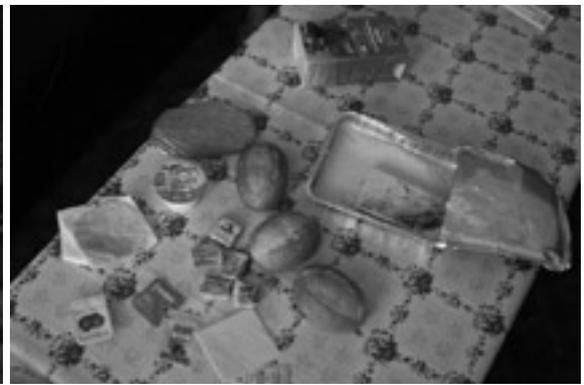


Berliner Sozialforum gegründet

Unter dem Motto »Für ein Berlin, in dem wir leben wollen!« trafen sich am 21. und 22. April globalisierungskritische Menschen und Gruppierungen erstmalig zu einem lokalen Sozialforum in der Neuköllner Rüttschule. Die Veranstaltung eröffnete Giuliano Giuliani, Vater des 2001 bei Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua erschossenen Carlo Giuliani.

Das Sozialforum ist ein völlig neuer Politikansatz. Ein offener Raum in dem Personen, egal ob einfach als interessierter Mensch oder als Vertreter einer globalisierungskritischen Gruppe, miteinander gleichberechtigt über Gesellschaft und Politik diskutieren. »Sozialforen sind weder eine Organisation noch ein Bündnis und doch ein bisschen von beidem. Ein Ort des voneinander Lernens an dem Positionen ausgetauscht und dabei schon auch Schnittmengen ausgelotet werden. Ein Gärungsbecken für soziale Bewegungen«, erläutert Peter Grottian, Politikprofessor an der Freien Universität Berlin. Mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden die Erwartungen der Veranstalter sogar fast noch übertroffen. Schwerpunkt der momentanen Arbeit bilden Aktionen gegen Privatisierungen, Aktionen gegen Hartz IV und natürlich die Mobilisierung zu den Anti-G8-Protesten. Das monatliche Plenum des Berliner Sozialforums findet jeden ersten Montag im Monat in der Kirche von Unten (KvU), Kremmener Straße 9-11 (Tram M10 Wolliner Straße / U2 Eberswalder Straße / U8 Bernauer Straße / Bus 143) im Prenzlauer Berg statt.

■ SK



konkret der Berliner Senat, sowieso alles vorschreibt und regelt, sich nicht fragt, unter welchen Bedingungen die Menschen leben müssen, die zu »Gast bei Freunden« sind, warum sollten dann diejenigen, die die Regeln umsetzen, Fragen stellen und Bedürfnisse erkennen? Gibt es dazu irgendwo ein Gesetz?

Apropos Gesetz. Seit mehr als einem Jahr (nach Angaben der Heimleitung) wird die Motardstraße nicht nur zur Erstaufnahme genutzt. Dank des Paragraphen 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes können die Bezirksämter MigrantInnen auch zurück in die Motardstraße schicken. Der Paragraph 1a schafft diesen »interessanten« Handlungsspielraum auf Grundlage von Unterstellungen: Leistungen können eingeschränkt werden, wenn angenommen werden muss, dass ein Migrant nur nach Deutschland gekommen ist, um soziale Leistungen zu beziehen oder die Herkunft be-

wusst verschleiert wird, um einer Abschiebung zu entgehen.

Im Klartext heißt das, dass es im Ermessen der jeweiligen Sachbearbeiter liegt, wie und wann sie die Leistungen soweit zusammenkürzen, dass nur noch grundlegende Sachmittel wie Nahrung oder Kleidung gestellt werden müssen. Da in Berlin nur in der Motardstraße Vollverpflegung besteht, sind die Sacharbeiter leider gezwungen, die ihnen Verdächtigen dort unterzubringen. Für die Verdächtigen gilt das Gleiche wie für alle anderen: Sie benötigen einen Ausweis, um den Ein- bzw. Ausgang des Geländes zu passieren, Besuche sind bis 22 Uhr erlaubt, sie sind in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, da sie mitten in einem Industriegebiet leben und kein Geld für Fahrscheine haben und wenn sie überhaupt etwas essen wollen, müssen sie vor Ort sein, wenn die Verpflegung verteilt wird.

Den BewohnerInnen bleiben wenige Möglichkeiten, ihr Leben »so angenehm wie möglich« und vor allen Dingen selbst bestimmt zu gestalten. Diejenigen, die es können, solidarisieren sich, kümmern sich um ihre Nachbarn oder deren Kinder. Es gebe sogar Bewohner, die in der Motardstraße bleiben wollen, offenbart die Heimleitung. Woran das liegt, ist schwer zu klären. Sei es die Angst vor dem, was als nächstes kommen mag oder erste freundschaftliche Kontakte oder doch die knallblauen Stahlschränke in den 17,83 Quadratmeter großen Mehrbett-Zimmern ...

Fakt ist, dass es im vergangenen Jahr, von Februar 2006 bis Februar 2007, zu insgesamt zwölf direkten Abschiebungen aus der Motardstraße kam. Davon waren drei Abschiebungen so genannte freiwillige Heimreisen. Offenbar möchte doch nicht jedeR BewohnerIn in der Motardstraße bleiben.

»Impressionen« aus der Motardstraße (v.l.n.r.):
Innenansicht Zimmer;
Stacheldrahtzaun;
Tagesverpflegung der Bewohner

Dass das Land Berlin unter der rot-roten Regierung gemeinsam mit den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen den Verzicht auf die Einrichtung von Ausreisezentren erklärte, scheint zu den verblässenden Erinnerungen zu gehören.

■ ANG

ANZEIGE

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
STICHWORT BAYER
MÜLL
 Giftige Profile für BAYER!
 Postfach 15 04 18 40081 Düsseldorf
 Fon 02 11 - 33 39 11
 Fax 02 11 - 33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com
 www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

ANZEIGE



Roter Laden in Tegel

Wir haben auch einen Plan
für eine **soziale**, **demokratische**,
... .. **kritische**, **linke**, **selbstbestimmte**,
... .. **aktive**,... .. **aber vor allem JUNGE Politik**

Du willst mitmachen? Die Linke.Jugend Reinickendorf trifft sich jeden Mittwoch um 18 Uhr im Roten Laden.

Die Linke.PDS Reinickendorf * Schloßstraße 22 * 13507 Berlin * (U6 Alt Tegel) * Tel.: 43 73 26 30 * Fax: 43 73 26 32 *
mail: reinickendorf@linke.pds-berlin.de * www.linkspartei.pds-reinickendorf.de * geöffnet: Mo – Fr 15-18 Uhr

Coesfeld ist überall!

Eine Armee ist eine Armee, ist eine Armee ...

Seit dem 19. März 2007 verhandelt das Landgericht Münster gegen 18 Bundeswehrausbilder. Einem Offizier und 17 Unteroffizieren aus der Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Coesfeld wird vorgeworfen, im Sommer 2004 163 Rekruten körperlich misshandelt und entwürdigend behandelt zu haben. Für den Prozess sind 45 Verhandlungstagen anberaumt, das Urteil soll am 19. Dezember fallen. Dann wird Presse sich wieder anderen »Skandalthemen« zuwenden, ohne dass über Grundsätzliches diskutiert wurde, wie immer. Der »Skandal« wird wie alle anderen großen und kleinen »Skandale« in die Bundeswehrrannalen eingehen, als bedauerlicher Einzelfall.



Zum Abschluss eines Unteroffizier-Lehrgangs an einer Heeresschule fand eine »Durchschlageübung« statt, an der mehr als 100 Lehrgangsteilnehmer als »Gefangene« beteiligt waren. Im Rahmen dieser Übung wurden die Teilnehmer in Bunker gesperrt. Die Bunkerwände waren mit Nägeln und Haken versehen, damit die »Gefangenen« sich weder anlehnen noch ausruhen konnten. Mehr als 15 Stunden stehend und ohne Verpflegung wurden sie mit Dreckwasser und Trockenlöschpulver bespritzt. Ihre Notdurft mussten sie im Bunker verrichten.

Wenigstens ein Soldat wurde am zweiten Tag der Übung vor einer »Vernehmung« zu einer »Morgengymnastik« befohlen und sollte sich dafür ausziehen. Nachdem er verweigerte, wurden ihm die Hände auf den Rücken gefesselt, mit einem Strick nach oben gezogen und am Bunkerdach befestigt, anschließend wurde er wieder mit Dreckwasser bespritzt. Nach einer halben Stunde wurde er mit einem Strick um den Hals zum »Verhör« gebracht

und erneut mit Wasser übergossen. Danach musste er in einem anderen Bunker, in dem das eiskalte Dreckwasser zehn Zentimeter hoch stand, gefesselt auf dem Boden liegen.

Lediglich ein Soldat beschwerte sich beim Wehrbeauftragten. Bei der Untersuchung des Vorfalls wurde festgestellt, dass diese Übung ohne Beanstandung durch disziplinarische Vorgesetzte und ohne Beschwerden von Betroffenen bereits mehrfach abgehalten wurde und zur »Selbstdisziplin und Härte« der Soldaten führen sollte.

Hier handelt es sich nicht um den Einzelfall Coesfeld sondern um einen Einzelfall aus dem Jahre 1974.

WIE DIE EINZELFALLTHESE ENTSTAND

1960 stellte der Wehrbeauftragte, der zum »Schutz der Grundrechte« und als »Hilfsorgan des Parlaments« zur »Kontrolle der Streitkräfte« 1957 etabliert wurde, seinen ersten Bericht über den Zustand der Truppe dem Parlament vor. Das Amt des Wehrbeauftragten

wurde 1959 erstmals mit zweijähriger Verspätung besetzt, was bereits Aufschluss über die Situation und Stellung des Wehrbeauftragten gibt. Von den Militärs geschnitten, weil sie keine Kontrolle wollten, von vielen Politikern angefeindet, weil als Alibi bei der Wiederbewaffnung an SPD und Kriegsgegner festgelegt, hatte der erste Wehrbeauftragte einen schweren Stand.

In diesem Sinn entstand um die ersten Jahresberichte eine hitzige Debatte, die dazu führte, dass in Zukunft sogenannte »besondere Vorkommnisse«, also Verstöße gegen gesetzliche Normen, grundsätzlich als »Einzelfall« bezeichnet werden mussten. Seither gibt es jedes Jahr im Jahresbericht des Wehrbeauftragten mehr als hundert »bedauerliche Einzelfälle«, die nicht auf einen Gesamtzustand der Truppe Rückschlüsse zulassen.

EINZELFALL ALS SYSTEM

Militärische Organisationsformen arbeiten systematisch mit Gewalt. Gewalt wird offiziell nach »außen« angewandt. Kern des soldatischen Handwerks ist das Töten, um es mit Tucholsky zu sagen, das Morden.

Damit der einzelne Mensch im Militär funktioniert, also Gewalt anwendet, muss er zum Soldaten, zum Gewaltanwender erzogen werden. In den meisten Fällen geschieht das wiederum mit Formen von Gewalt. Diese Formen tauchen dann in den Jahresberichten wieder auf, wenn ein Gewaltopfer (Rekrut) sich traut, dagegen etwas zu unternehmen.





Gängige Gewaltformen, die als Einzelfälle dargestellt werden und seit 50 Jahren fast in jedem Jahresbericht des Wehrbeauftragten erwähnt werden sind:

Innendienst als »erzieherische Maßnahme«: Jeder der beim Militär war kennt es: Putzen bis zum abwinken, die halbe oder die ganze Nacht. Wenn es für die militärischen Vorgesetzten nicht ausreichend sauber ist wird weitergeputzt. Bei der Kontrolle beispielsweise von Betten und Spinden wird dann wieder Unordnung gemacht. Solche Maßnahmen dienen der Umerziehung des Rekruten. Er wird erzogen zu gehorchen. Wenn er nicht gehorcht, wird er erneut bestraft. Er wird umerzogen, indem er andere Wertvorstellungen eingepreßt bekommt. Er wird verängstigt, weil er seine Abhängigkeit von seinen militärischen Führern vor Augen geführt bekommt.

Strafen für Krankmeldung: Vorgesetzte bestrafen Rekruten, die sich krank melden mit Ausgangssperren, Wochen-

enddiensten, zusätzlichen Putzdiensten und sonstigen Sonderdiensten. Oft werden Erkrankungen und Verletzungen von Rekruten in der Grundausbildung grundsätzlich als »Drückebergerei« angesehen und die Rekruten werden als solche stigmatisiert.

Kollektivstrafen: Funktioniert ein Rekrut nicht im Sinne des Ausbilders, wird die ganze Gruppe dafür bestraft. Zum Beispiel müssen Ausbildungsgruppen oder Züge Zusatzdienste verrichten, dürfen erst später ins Wochenende fahren usw. Dies führt häufig dazu, dass der Rekrut, der nicht funktioniert, zum Außenseiter wird und schlimmstenfalls von den »Kameraden« zusätzlich bestraft wird. Nicht selten enden derartige Strafaktionen in der Anwendung von Gewalt. In den sechziger Jahren gab es für solche Gewaltformen innerhalb der Bundeswehr feste Begrifflichkeiten. Den »Heiligen Geist« bringen bedeutete, dass ein Soldat von den anderen Soldaten während der Nachtruhe in seinem Bett in der Dunkelheit verprügelt wurde. So konnten die Angreifer nicht identifiziert werden und das Opfer hatte seine »Lektion« für ein vorangegangenes Fehlverhalten bekommen.

Misshandlungen bei Übungen: Wie im Fall Coesfeld kommt es bei Übungen in der Kaserne oder auf dem Truppenübungsplatz häufig zu gewalttätigen Exzessen. Da die Übungen das Erlernen und Anwenden von Gewalt implizieren und die Hemmschwelle herabsetzen, ist der nächste Schritt nicht mehr weit. Wer Krieg, Mord und Todschatz übt, kann in einem abgeschlossenen Zirkel schnell den Bezug zur zivilen Realität verlieren.

Dazu kommt noch, dass bei einer Übung keine Kontrolle von Außen möglich ist. Im Fall Coesfeld hat sich keiner der 163 betroffenen Soldaten beschwert. Nur durch Zufall wurde der Sachverhalt bekannt und aufgedeckt. Ohne dass man sich zu weit aus dem Fenster lehnt, kann man sicher sagen, dass unter solchen Umständen die Dunkelziffer um einiges höher sein muss, als die alljährlich gemeldeten mehr als hundert Einzelfälle.

Wie kommt das? Mit hoher Wahrscheinlichkeit liegt es an der Besonderheit des Militärs. Wie oben angedeutet werden die Rekruten in militärischem Sinne umerzogen. Gewalt wird in unterschiedlichen Formen alltäglich, deshalb muss man sich über alltägliche Gewalt auch nicht mehr so sehr wundern, geschweige denn beschweren. Um nicht unter zu gehen, passen sich die Rekruten in das gewaltbereite und gewalttätige militärische System ein. Lieber kollektiv bestraft werden, als Ursache der Kollektivstrafe sein. Unter dem Synonym der Kameradschaft (wir sitzen alle im gleichen Boot) lässt sich Erniedrigung und möglicherweise Misshandlung auch leichter ertragen. Und wenn die Rekruten aus ihrer Opferrolle emporsteigen, weil sie nach der Grundausbildung militärische Handlungen und Gewohnheiten übernommen haben, können sie gegenüber den nachfolgenden neuen Rekruten selbst zu Tätern werden. Und Täter schweigen bekanntlich über ihre Taten. Coesfeld ist überall!

■ MICHAEL BEHRENDT, KAMPAGNE GEGEN WEHRPFLICHT, ZWANGSDIENSTE UND MILITÄR

www.kampagne.de

ANZEIGE

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich) _____

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname _____

Telefon _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Ich bestelle das

Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber _____

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Datum/Unterschrift _____

Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:

Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
 Seine vehemente Anti-Bush-Haltung hat ihn zur Galiionsfigur der neuen Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas.
 Edition Nautilus, 2006, 352 S.

Dietrich Kittner
Sadisten. Wie ein Gesetz entsteht
 Mit bisigem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die »peinliche Begegnung« tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantánamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker.
 Independent entertainment, DVD, 50+26 Minuten

Dazu gibt es als Hammerprämie

Aufkleber der Initiative zum Erhalt des Bruno-Plache-Stadions, Leipzig

Die Prämie geht an
 mich den Abonnenten
 Ich verzichte auf eine Prämie



»Killerspiele«

Am 20. April 1999 erschossen zwei Amok laufende Schüler in der Columbine Highschool im US-Bundesstaat Colorado zwölf ihrer Mitschüler sowie einen Lehrer. Im April 2003 tötet Robert Steinhäuser im Erfurter Gutenberg Gymnasium bei einem Amoklauf 16 Menschen und am Ende sich selbst. Am 19. November 2006 geht Sebastian B. in seine ehemalige Geschwister Scholl Realschule in Emsdetten in Nordrhein Westfalen, verletzt fünf Menschen und tötet sich. Er hatte Rohrbomben, Molotow Cocktails, ein Messer sowie zwei Gewehre mit abgesägten Läufen dabei. In allen drei Fällen hatten die Täter ein großes Interesse an sogenannten »Killerspielen« – PC Spiele bei denen Menschen umgebracht werden, auch Ego-Shooter genannt. Sie hörten alle Heavy Metal Musik und hatten eine große Faszination für Waffen. Ob diese Gemeinsamkeiten der Täter jedoch die Hauptursachen für die Amokläufe sind, ist mehr als fraglich.

Nur Gewalt in den Medien, in der Schule, im Elternhaus, soziale Kälte in Gesellschaft und Familie sowie wachsende Armut in Deutschland haben einen sehr viel größeren negativen Einfluss auf Jugendliche als Ego-Shooter. Demnach plädiere ich dafür, dass soziale Kälte verboten wird.

WERTEDEBATTE

Fast zeitgleich kommt bei der »Killerspiel«-Diskussion, die Debatte um den Verlust der Werte wieder auf. Es finde ein »Verfall der Werte« statt. Die Jugendlichen säßen heutzutage zuviel vor dem Fernseher und dem PC und ihre Hemmschwelle zur Gewaltausübung sei geringer geworden. Zudem gäbe es zuviel Gewalt in den Medien, in den Schulen und in den Familien. Die Jugendlichen hätten zudem keine Werte und Vorbilder mehr, wonach sie sich richten und leben würden. Jedoch kann man dafür weder PC Spiele noch den Fernseher verantwortlich machen – es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Man kann Menschen auch nicht durch Ethikunterricht zur Moral »abrichten« oder durch Medien-Appelle bzw. Kampagnen gesellschaftliche Werte einfordern. Zudem ist die gesamtgesellschaftliche

Zunächst wäre da der Begriff der »Killerspiele«, welcher medial erzeugt ist. Er ist emotionsgeladen und damit nicht wertneutral, was eine sachliche Debatte über das Thema schon von Grund auf erschwert. Gibt es eine Definition von »Killerspielen«? Ist es eins, wenn ich einen Menschen im Spiel töte? Dann wären auch Strategie-, Rollenspiele und Adventure davon betroffen. Oder erst wenn Blut fließt? Wo liegen die Grenzen?

Ich habe bisher von niemanden, der in der Öffentlichkeit von »Killerspielen« spricht, eine exakte Definition des Wortes gehört. Der übliche Begriff für solche Spiele, heißt in der PC-Spiele Branche »Ego-Shooter«. Warum werden diese Spiele dann im medialen und politischen

Diskurs jetzt zu »Killerspielen« hochstilisiert? Ich werde den Verdacht nicht los, dass die unfreiwillige Assoziation mit dem Begriff, die Spiele würden Jugendliche zum töten animieren, gewollt ist.

VERBOT

In der letzten Zeit sind Stimmen laut geworden, die ein sofortiges Verbot für Ego-Shooter forderten. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber meinte in einem Spiegel Online Interview: »Sie animieren Jugendliche, andere Menschen zu töten. Daher müsse ein sofortiges Verbot für solche Spiele her.« Etliche Stimmen aus SPD und CDU stimmten sofort zu.

Es gibt keine einzige wissenschaftliche Untersuchung, die belegt, dass der kau-

sale Zusammenhang zwischen Ego-Shootern und Gewaltausbrüchen oder sogar Amokläufen gegeben ist. Wer solch einen Zusammenhang herstellt, argumentiert aus einer gefühlten, und traurigerweise häufig auch aus einer völlig inkompetenten Sichtweise heraus. Denn ich bezweifle, dass einer dieser Herren, die ein Verbot für Ego-Shooter fordern, sich mit der Materie wirklich befasst haben.

Niemand wird bezweifeln, dass Ego-Shooter Menschen negativ beeinflussen können. Aber Computerspiele im Allgemeinen und Ego-Shooter im Besonderen gehören zur Alltagskultur von vielen Jugendlichen. Insofern wäre bei einem Zusammenhang zwischen Ego-Shooter und Amokläufen, die Zahl potentieller Amokläufer ziemlich hoch.



Realistische Darstellung von Gewalt als Verkaufsargument: Hier (das inzwischen veraltete) Counter-Strike

Wirkung von »Alibi-Kampagnen« gleich null. Werte müssen geschaffen, gelebt und erhalten werden – und das ganz konkret und nicht in abstrakter Form. Indem man Jugendliche eine Zukunftsperspektive und Hoffnung gibt. Indem man das Recht auf einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger gesetzlich verankert. An jeder Schule einen Psychologen oder Pädagogen einsetzt, der aktiv am Schulleben teilnimmt und für die Schüler da ist. Indem man mehr Lehrer an deutschen Schulen einsetzt bzw. die Kommunikation zwischen Eltern und Lehrern verbessert und so weiter.

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Landesverbandes Schulpsychologie kommt in Deutschland auf 12 500 Schüler nur ein Psychologe, damit liege Deutschland im OECD-Vergleich vor Malta an vorletzter Stelle. Nur all diese Maßnahmen kosten Geld – doch dafür will der Gesetzgeber keine Mittel zur Verfügung stellen.

Wenn in Bildung investiert wird, dann nur, wenn sich die Investitionen am Ende auch »auszahlen«. Das heißt, es müssen beweisbare und vorzeigbare Resultate dabei herauskommen. Das Problem ist hierbei, dass weder die Schulen noch die Universitäten Unternehmen sind. Und auch die Menschen, die in ihnen leben und lernen, sind keine Kunden – sondern Menschen. Geld in Bildung zu stecken sollte auch aus ideellen und nicht nur aus rein ökonomischen Gründen erfolgen. Doch es herrscht das Primat

der Ökonomie in Deutschland und die Ökonomie kümmert sich nicht um die Schaffung von gesellschaftlichen Werten – was zählt ist die Profitmaximierung.

Ego-Shooter gibt es auch nur deshalb, weil die Spiele Industrie damit seit Jahren satte Gewinne einfährt. Insofern ist die Forderung nach »Werten« – bei gleichzeitigem Wirtschaftsfundamentalismus, welcher den eigenen Vorteil, den »Homo Oeconomicus« und die Profitmaxi-



Entgegen des Klischees des »Computerspielers als seltsamen Einzelgängers« treffen sich Spieler auf sog. »LAN-Partys«, wo teilweise hunderte Rechner zusammengeschlossen werden und miteinander gespielt wird

mierung als oberste Prinzipien in unserer Gesellschaft verankert haben – schlichtweg heuchlerisch.

URSACHEN

Mittlerweile ist klar, dass alle Amokläufer keinen Sinn mehr in ihrem Leben sahen und sich als Verlierer gefühlt haben. Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit und gesellschaftlicher Druck lastete auf ihren Schultern. In der Regel waren es Einzelgänger, die in der Schule un-

beliebt und auch nicht sehr erfolgreich waren. Robert Steinhäuser, der Amokläufer aus Erfurt, schaffte das Abitur nicht und wäre folglich ohne Schulabschluss gewesen – eine inzwischen aufgehobene Besonderheit des Schulgesetzes in Thüringen. Frust und Sinnentleerung entwickelte sich zum Hass auf die Menschen, die sie dafür verantwortlich machten. Sebastian B., Amokläufer aus Emsdetten, schrieb in seinem Abschiedsbrief,

dass er »alle Menschen hassen würde«. Völlige Verzweiflung im Leben und es nicht gelernt zu haben mit Niederlagen im Leben umzugehen, sind mögliche Befunde. Von wem soll man(n) in einer egoistischen Gesellschaft auch lernen, wie man mit Niederlagen im Leben umgehen kann? Der Rückzug vom Leben und die Hineinsteigerung im virtuellen Raum der Ego-Shooter sind Folgen davon – aber nicht die Ursachen. Dort konnten sie Macht- und Gewaltphan-

tasien ausleben, worüber sie Herr waren, sprich sie hatten Macht und Verantwortung über sich und andere, welche im Leben gefehlt haben. Diese Entwicklungen als Einzelfälle abzutun und einen Sündenbock zu suchen, wäre jedoch äußerst naiv.

Die Ursachen, warum ein Mensch derartigen Hass auf die Menschen bekommen kann, sind in Politik und Gesellschaft zu suchen. Die Schulen (zunehmend auch die Universitäten) welche von Unternehmern und Politikern nur noch als Produktionsstätten für späteres »Humankapital« gesehen und dementsprechend behandelt werden. Das kapitalistische und neoliberale Leistungsdenken, welches jeden dazu motiviert den Ellenbogen weit rauszustrecken und seine Mitmenschen nur noch als Konkurrenten zu sehen. Finanzielle Kürzungen im kulturellen, sozialen und Bildungsbereich und gleichzeitige Steuersenkungen und milliardenfache Subventionen an Großverdiener und damit Förderung von Armut in Deutschland. Ergo: Strukturelle Ungerechtigkeiten, welche den Menschen Hoffnung und Perspektive nimmt. Wenn man Sozial-, Bildungs- und Kulturabbau in Deutschland betreibt, wird damit die Demokratie als ganzes abgebaut. Merkmale davon sind seit Jahren sinkende Wahlbeteiligungen, steigende Übergriffe rechtsextremer Gewalt sowie eine steigende Armut und Unzufriedenheit innerhalb der deutschen Bevölkerung. Wo die Demokratie abgebaut wird, werden auch Grundrechte (Hartz IV ist z. B. in vielen Punkten verfassungswidrig), ein soziales Miteinander und auch der gesellschaftliche Frieden abgebaut und ausgehöhlt. Solange dies weiterhin »deutsche Realitäten« sind, werden Taten wie in Emsdetten und Erfurt nicht zu verhindern sein.

Rock für Links

Vamos a la playa: S(tr)and im G8-Getriebe!
www.rock-fuer-links.de

TIEFENRAUSCH
SKA/7 REGGAE
STAKEOUT
PUNK & ROCK
SHIT LIVES ON
PUNKROCK
RADIO HAVANNA
PUNKROCK
TOTALLY STRESSED
ARTROCK



Samstag * 19.Mai * 16 Uhr
Parkau Lichtenberg
S&U-Bhf Frankfurter Allee

Impressum

Rotdorn
erscheint dreimal jährlich und hat diesmal eine Auflage von 9 000 Exemplaren
17. Jahrgang Nr. 47 02/07

V.i.S.d.P.
Die Rotdornredaktion

Herausgeber
[solid] Brandenburg / Berlin
www.solid-web.de
www.solid-brandenburg.de
www.solid-berlin.org

Kontakt
Rotdorn
Postfach 87 01 06
13161 Berlin
fon: (030) 44 04 61 56
mail: rotdorn@gmx.de
web: www.rotdorn.org

Bankverbindung
Inhaber: solid e.V.
Kontonummer: 43 93 85 15 00
Bank: Berliner Bank AG
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluss Ausgabe 48:
18. Juli 2007

Ich will mitmachen!
Wir brauchen immer kluge Köpfe und helfende Hände! Wir melden uns bei Dir und laden Dich zu einem unserer nächsten Redaktionstreffen ein.

Ich brauche ein Abo!
Das Abo kostet 3 Euro pro Jahr (Bankverbindung siehe Impressum). Gerne schicken wir Dir ein paar mehr Rotdörner zum verteilen. Anzahl:

Name
Straße
PLZ Ort
eMail Tel.

Den Rotdorn 47 fand ich

Themenauswahl (Note 1-6) Aufmachung: (Note 1-6)

Bester Artikel

Warum? Weil

Deine Kritik

Ich habe den Rotdorn Ort, Anlaß, Begebenheit erhalten.

Ich lese den Rotdorn zum Mal Ich bin Jahre alt

Bitte mit
45 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870 106
13161 Berlin

ANZEIGE

Mitmachen!

Tritt ein für eine solidarische und gerechte Politik, für eine offene Universität ohne Studiengebühren, für Frieden in der Welt und für ein weltoffenes und tolerantes Deutschland!
Wende dich an Die Linke.PDS, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, oder rufe unsere Hotline an: 030 / 24 00 95 55





**ALLE ZWEI WOCHEN ERWARTET
EUCH DAS VOLLE PROGRAMM:**

**MIT WECHSELNDEN THEMENSCHWERPUNKTEN
MACHEN WIR POLITISCHES JUGENDRADIO,
MIT STUDIOGÄSTEN, LIVEMITSCHNITTEN
UND MUSIK VON REGGAE/SKA
ÜBER HIP-HOP BIS PUNK.**

EINSCHALTEN!

**AN JEDEM 1., 3. UND 5. MONTAG
IM MONAT UM 20 UHR
AUF DER FREQUENZ DES OKB**

IN BERLIN:

ANTENNE 97,2 ODER KABEL 92,6

ANDERSWO:

WWW.OKB.DE



EIN ARCHIV DER BISHERIGEN RADIOSENDUNGEN FINDET IHR UNTER: WWW.ROTDORN.ORG